



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

FDP VERABSCHIEDET IHR WAHLPROGRAMM

Vergangenen Sonntag, den 05.05.2013 hat die FDP ihr Wahlprogramm „Bürgerprogramm 2013“ für die Bundestagswahl auf einem Sonderparteitag in Nürnberg verabschiedet. Zu den zentralen Themen des Wahlprogrammes zählen die Haushaltssanierung, Euro-Stabilisierung sowie steuerliche Entlastungen. Der bereits im März veröffentlichte Entwurf – wir hatten hierzu bereits in der Ausgabe 2013.13 des BID Steuerpolitik berichtet – enthielt Varianten beim Ehegattensplitting und bei der Erbschaftsteuer, über die nun am vergangenen Wochenende abgestimmt wurde. Darüber hinaus gab es keine Änderungen im steuerpolitischen Bereich.

Positionierung zu Steuererhöhungsplänen anderer Parteien

In ihrem Wahlprogramm geht die FDP auf steuerpolitische Themen anderer Parteien ein. Am Parteitag in Nürnberg wurden die einzelnen Positionen erneut bekräftigt.

- Steuererhöhungen lehnt die Partei entschieden ab, ebenso wie die Wiederbelebung der Vermögensteuer oder die Einführung der Vermögensabgabe.
- Bis zum Auslaufen des Solidaritätspaktes 2019 werden die Aufbauhilfen Ost schrittweise vollständig abgebaut. Der Solidaritätszuschlag soll ebenfalls schrittweise vollständig abgebaut werden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

BUNDESRAT LEHNT GESETZ ZUR VERKÜRZUNG DER AUFBEWAHRUNGSFRISTEN AB

Am 03.05.2013 stand das Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf der Agenda des Bundesrats. Das Ländergremium hat das Gesetz erwartungsgemäß abgelehnt und – wie auch schon das Gesetz zur Umsetzung der AmtshilfeRLUmsG – an den Vermittlungsausschuss überwiesen. Dieser wird sich in seiner nächsten Sitzung am 05.06.2013 mit den vorliegenden Gesetzen im Zusammenhang mit dem gescheiterten Jahressteuergesetz 2013 (JStG 2013) beschäftigen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

EDITORIAL

Liebe Leser,

inzwischen hat auch die FDP ihr Wahlprogramm beschlossen – und damit erwartungsgemäß ein Kontrastprogramm zu den Plänen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Falle ihrer Regierungsbeteiligung. So wendet sich die FDP gegen die Steuererhöhungspläne anderer Parteien und plädiert für eine Vereinfachung der Einkommensteuer mit moderaten Steuersätzen. Gleiches gilt für die Erbschaftsteuer. Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung der Steuerhinterziehung den Kampf angesagt und einen Gesetzentwurf eingebracht sowie einen Entschließungsantrag für „Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit und gegen Steuerbetrug“ gefasst. Ersterer widmet sich der Verschärfung der Verjährungsfristen und letzterer einer Reihe von Maßnahmen, die von einer Änderung des Kreditwesengesetzes bis hin zu einer Neuauflage der Schwarzen Liste für Steueroasen reichen.

Zudem haben sich das Europäische Parlament, die Kommission und der Rat auf den Abschluss der neuen Bilanzrichtlinie geeinigt, die Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen mit sich bringt. Allerdings bedurfte es eines Kompromisses und steht es den Mitgliedstaaten nunmehr frei, ob sie der Befreiung von Bilanzierungspflichten nachkommen.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 7

FDP verabschiedet ihr Wahlprogramm

Bundesrat lehnt Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen ab

Rechnungslegung: Einigung zur Bilanzrichtlinie

Bundesrat möchte Steuerhinterziehungen und Steueroasen wirksamer bekämpfen

→ OUTGOING 8

vom 06.05. bis 10.05.2013

Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke „Steuerausfälle durch ungerechtfertigte Erstattungen von Kapitalertragsteuer“

Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke „Zum sogenannten Goldfinger-Steuergehaltungsmodell“

... sowie weitere Ergebnisse

→ STATUS 9 – 18

vom 10.05.2013

Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung von Steuerstraftaten

Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

Jahressteuergesetz 2013 der Länder

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 19

→ vom 13.05. bis 17.05.2013

Bundestag: 240. Sitzung des Deutschen Bundestages u. a. zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz - AIFM-StAnpG)

Bundesrat: keine Sitzung, nächste Plenarsitzung: 07.06.2013

Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten Termine

RECHNUNGSLEGUNG: EINIGUNG ZUR BILANZRICHTLINIE

Am 09.04.2013 haben sich der Rat, das Parlament und die EU-Kommission informell auf einen Abschluss der neuen Bilanzrichtlinie geeinigt, mit der Bürokratieabbau bei der Rechnungslegung für kleine und mittelgroße Unternehmen und Transparenz im Rohstoffsektor erreicht werden sollen (8328/13 – Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen). Die Richtlinie basiert auf den im Oktober 2011 von der EU-Kommission veröffentlichten Vorschlägen (KOM (2011) 684 final), die Rechnungslegungsrichtlinien (78/669/EWG und 83/349/EWG) zu ersetzen und zu modernisieren. Aufgrund wesentlicher Änderungswünsche des Parlaments musste eine Einigung im Trilog herbeigeführt werden. Wesentliche Änderungen ergeben sich für kapitalmarktorientierte und große Unternehmen, die im Rohstoffsektor und im Bereich der Primärwaldforstwirtschaft tätig sind, da für diese Unternehmen eine Pflicht zur länderspezifischen Berichterstattung – sog. Country-by-Country Reporting – eingeführt wird. Die neuen Regelungen sehen vor, dass die betroffenen Unternehmen jährlich länder- und projektspezifisch über wesentliche Zahlungen an nationale, regionale und lokale Gebietskörperschaften – bspw. Steuern auf Gewinne, Abgaben und Lizenzgebühren – innerhalb und außerhalb der Europäischen Union berichten sollen. Die Wesentlichkeitsschwelle wird dabei auf 100.000 Euro festgelegt. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

BUNDES RAT MÖCHTE STEUERHINTERZIEHUNGEN UND STEUEROASEN WIRKSAMER BEKÄMPFEN

Die Länder haben sich in ihrer Sitzung am 03.05.2013 der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steueroasen gewidmet und folgende Maßnahmen eingeleitet:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung von Steuerstraftaten

Auf Antrag der Länder Baden-Württemberg und Hamburg wurde am 03.05.2013 der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Bekämpfung von Steuerstraftaten (vgl. BR-Drs 339/13) beschlossen.

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphere e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu